

Zoom-Meeting

Seminar für den Bezirk Niedersachsen/Sachsen-Anhalt:
„Utopien denken, Realität gestalten“

**Aus der Sicht der „Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik:
Aktuelle gesamtwirtschaftliche und finanzpolitische Lage
unter dem Regime der Corona-Krise und die Lehren**

Prof. Dr. Rudolf Hickel
Vorsitzender der AG „Alternative Wirtschaftspolitik e. V.“
Bremen/Sprockhövel am 22. November 2021

Institut Arbeit und Wirtschaft



Die Schwerpunkte

Schwerpunkt 1:

Alternative Wirtschaftspolitik heute aus der Sicht der „Memorandumgruppe“

Schwerpunkt 2

Aktuelle gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Corona-Zeiten

Schwerpunkt 3:

Ende des Dauerstreits: Staatsverschuldung nutzen /Schuldenbremse ausbremsen

Schwerpunkt 4:

Erkenntnisse + Lehren aus der Corona-Krise (SARS-CoV-2/Covid-19)

Schwerpunkt 1:

Alternative Wirtschaftspolitik heute aus der Sicht der „Memorandumgruppe“

Wer sind wir?

- * Gegründet 1975 (Herbert Schui / Jörg Huffs Schmid / Rudolf Hickel; seit Jahrzehnten unter dem Management von Axel Troost)
- * Seit 1997 jeweils ein Jahres-Memo + Sonder-Memoranden
- * Anlass zur Gründung: 1975 beginnt Siegeszug des Neoliberalismus (SVR 1975)

Was wollen wir?

- * Schwerpunkte unserer Arbeit:
Allgemeine Krisentheorie / Konjunktur / Beschäftigung (Arbeitslosigkeit und prekäre Arbeit / monopolistische Konkurrenz / Lohn-Tarifpolitik (Stärkung des Tarifvertragssystems) / Finanzpolitik (Ausgabenprogramme/ Steuern) / Sozialpolitik (Gesundheitssystem, Rentensystem) / Finanzmärkte / Geldpolitik / Mitbestimmung / Konzepte „gute Arbeit“ + schon seit vielen Jahren Umweltpolitik

Wo stehen wir innerhalb der Wirtschaftswissenschaft?

Wirtschafts- als Gesellschaftspolitik für die systemisch von Arbeitsplätzen Abhängigen (auch prekäre Arbeit und Arbeitslose)

Gegen die marktorthodoxe Antwort: Einzelwirtschaftlich getriebene Profitwirtschaft über (dominant monopolistisch) Märkte gesteuert: krisenanfällig + sozial ungerecht (wo bleibt das Soziale in der Marktwirtschaft?) + ökologisch blind: Neoliberalismus / Neoklassik

+ Für eine ***Alternative Wirtschaftspolitik*** vor allem durch Zurückdrängung der Unternehmensmacht auch mit dem Ausbau der Mitbestimmung auf der Basis starker Gewerkschaften (Beispiel Tarifvertragssystem zur Bändigung des Kapitals gegenüber der Arbeit)

+ Unsere Theorie-Tradition: Marxsche Kapitalismusanalyse + Postkeynesianismus

An wen richten wir uns:

- * an die Kolleginnen und Kollegen über die Gewerkschaften
- * an die Politik (demokratische Parteien, vor allem auch Zivilgesellschaft)
- * an die Medien
- * an die Wissenschaft, Aufklärung gegenüber dem Mainstream, plurale Ökonomik

Wird eine Alternative Wirtschaftspolitik künftig gebraucht?

Beschleunigt durch die Pandemie: **Erhoffter Bedeutungsverlust des Neoliberalismus?**

- * Wiederentdeckung des handlungsfähigen Staates?
 - * Wachsende Kooperationsmodelle zwischen Arbeit und Kapital in den Betrieben?
 - * Staatlich-gesellschaftliche Verantwortung für den Kampf gegen die Klimakrise?
- + Der **Neoliberalismus** (Marktfundamentalismus) wird durch die Wucht der realen Wirtschafts- und Pandemiekrise nicht gestoppt, sondern gebremst.
- + Bleibt im Kern die beherrschende Ordnungspolitik der Wirtschaftsverbände / mächtiger Parteien / Mainstreameconomics
- Beispiel: Widerlegte „Schuldenbremse“ wird nicht abgeschafft (nur angepasst)

Unsere neuen Schwerpunkte der Alternativpolitik:

- * ***Digitalisierung***: Gestaltung der neuen Arbeitswelt durch Mitbestimmung
- * Die ***ökologische Transformation***: soziale Gestaltung (Klimabonus, von der Pendler- zur Mobilitätspauschale, Ausgleich bei der sozialen Grundsicherung)

Schwerpunkt 2

Aktuelle gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Corona-Zeiten

Hinweise zu einem modifizierten Akkumulationstyp

- * Vor – und nach Corona: **säkulare Verlangsamung** des Typs wirtschaftlicher Entwicklung (säkulare Stagnation?)
- * Herrschaft der **Finanzmärkte** gegenüber der Produktionswirtschaft: Erhöht die Krisenanfälligkeit (das Potenzial der nächste Finanzkrise nach 2008/2009 wächst)
- * Sparen (S, Geldvermögensbildung) wächst schneller als Sachinvestitionen (I) durch: Vermögenskonzentration, Sparen der Produktionsunternehmen; Finanzierungsüberschüsse beim Staat, von der roten über die schwarze zur weißen Null)
- * Massiver Umbau der Wirtschaft durch Digitalisierung (ordnungspolitisch gestalten)
- * Ökologischer Umbau...Zentrale Aufgabe: Sozial managen

Fazit:

Künftige Wirtschaftsentwicklung politisch-strategisch durch Kampf gegen die Klimakrise geprägt ... **Profitwirtschaft muss durch das Nadelöhr Zukunftspolitik**
Strategische Rolle der demokratisch bestimmten Politik nimmt zu und damit auch eine neue Verortung der Staatsverschuldung!

Virus trifft auf Kapitalismus: Aktuelle gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Kommt scheinbar als exogener Dreinschlag daher!

Achtung endogen im Zuge der Globalisierung: Kapitalistische Inlandnahme der Wildtierregionen (Zoonosen)

Konjunktur durch die Wellen der Viruspandemie bestimmt!

- Einbruch der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage
- Einbruch der Auslastung der Produktionskapazitäten
- Zusammenbruch der Lieferketten/ Transporte in der Just-in-Time-Globalisierung

Dynamik der konjunkturellen Entwicklung: Die Kontroverse

- * Rückkehr zum Vor-Corona-Krisenniveau
- * Corona-Krise als Brennglas aufgestauter Fehlentwicklung und zugleich als Beschleuniger des Strukturwandels (Beispiel Ausstieg aus den Binnenflügen?)

Blick auf Wirtschaftswachstum / Beschäftigung / Inflation / Verteilung / Staatsschulden

Die jüngste
Prognose
Vom SVR
(November 2021)

Jahresgutachten

Prognose des Sachverständigenrates für Deutschland

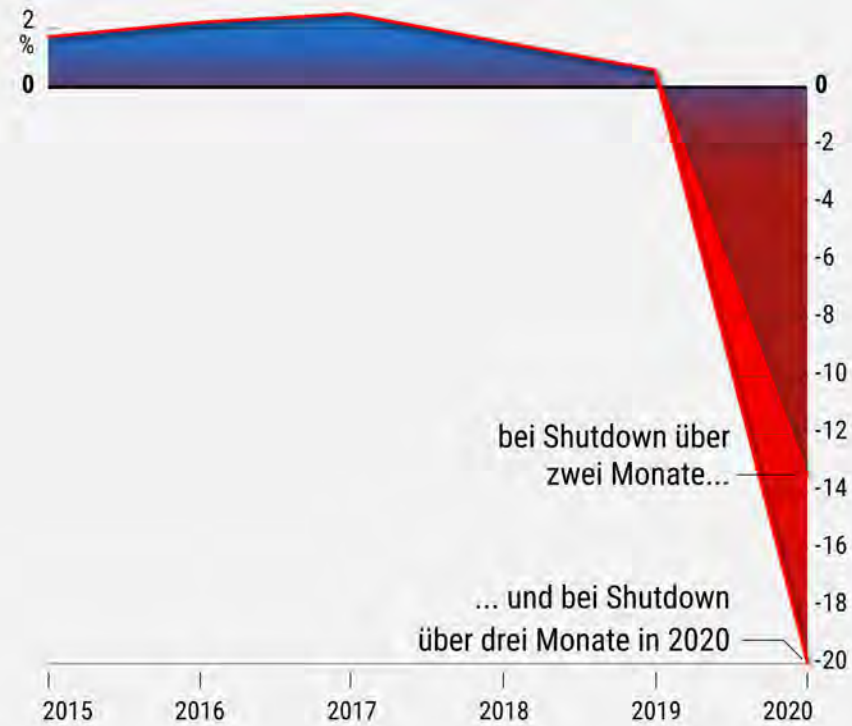
	2020	2021	2022
Bruttoinlandsprodukt Veränderung zum Vorjahr	-4,6 %	+2,7 %	+4,6 %
Inflationsrate Veränderung zum Vorjahr	+0,5 %	+3,1 %	+2,6 %
Arbeitslosenquote in Prozent	5,9 %	5,7 %	5,1 %
Finanzierungsdefizit des Staates in Prozent des BIP	-4,3 %	-4,9 %	-1,9 %
Steuereinnahmen des Staates in Mrd. Euro	773,4	826,2	864,5

2021 und 2022 Prognose
HANDELSBLATT

Quelle: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Die Corona-Rezession

Wirtschaftsentwicklung in Deutschland gegenüber Vorjahr, in Prozent



Voraussichtliche Entwicklung in Deutschland

Entwicklung des BIP

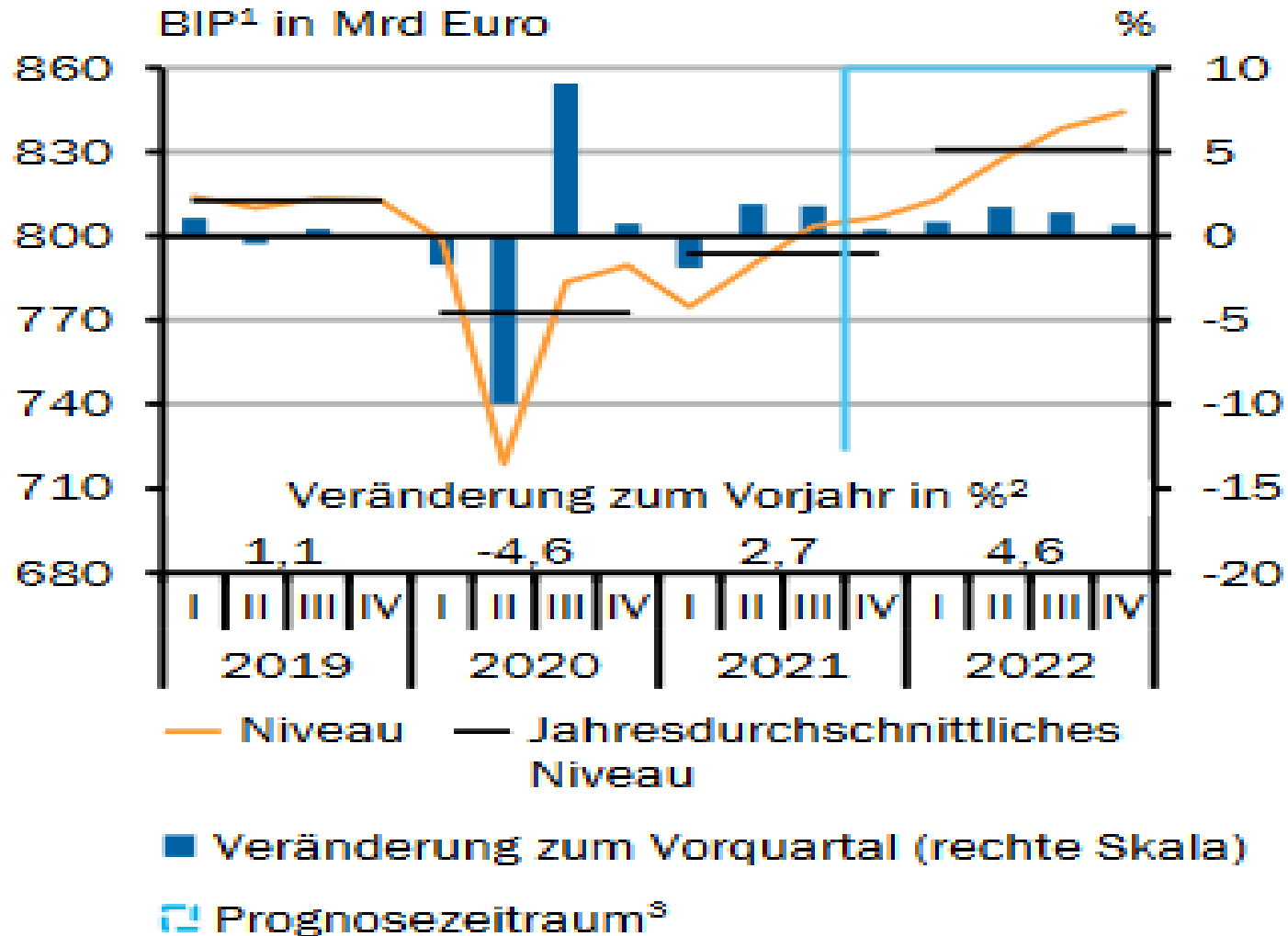
Viel zu optimistische Prognose:

Swing von 2020 mit -4,6 % auf 11,9% bis 2022

* abhängig vom Corona-Virus

* aktiver Wirtschaftspolitik

* Tarifpolitik im Dienste der Stärkung der privaten Nachfrage



Virus trifft auf Arbeitsmarkt

Arbeitsmarkt in Deutschland
Tausend Personen

	2021	2022
Erwerbstätige	0,0	1,1
Arbeitnehmer*in	0,3	1,3
Reg. Arbeitslose	-2,3	-10,1
Kurzarbeit	-25,1	-91,9
Geringfügig entlohnt	-1,3	3,0
2021: 7,088 Mio.		
2022: 7,300 Mio.		

	2019	2020	2021 ¹	2022 ¹	2021 ¹	2022 ¹
	Jahreswert				Veränderung zum Vorjahr in %	
Erwerbspersonenpotenzial ²	47 535	47 511	47 390	47 532	- 0,3	0,3
Erwerbspersonen ³	46 499	46 467	46 347	46 648	- 0,3	0,6
Erwerbslose ⁴	1 374	1 664	1 584	1 409	- 4,8	- 11,1
Pendlersaldo ⁵	143	95	129	134	35,8	3,9
Erwerbstätige ⁶	45 268	44 898	44 892	45 374	0,0	1,1
Selbständige	4 151	4 038	3 923	3 857	- 2,8	- 1,7
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	41 117	40 860	40 969	41 516	0,3	1,3
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	33 518	33 579	33 824	34 286	0,7	1,4
Marginal Beschäftigte ⁷	5 201	4 854	4 732	4 840	- 2,5	2,3
Geringfügig entlohnt Beschäftigte insgesamt ⁸	7 526	7 179	7 088	7 300	- 1,3	3,0
Ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigte	4 579	4 290	4 143	4 221	- 3,4	1,9
Im Nebenerwerb geringf. entlohnt Beschäftigte	2 947	2 890	2 945	3 078	1,9	4,5
Registriert Arbeitslose	2 267	2 695	2 633	2 367	- 2,3	- 10,1
Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit) ⁹	3 200	3 519	3 410	3 214	- 3,1	- 5,8
Kurzarbeit (Beschäftigungsäquivalent)	48	1 217	911	74	- 25,1	- 91,9
Arbeitsvolumen (Mio Stunden) ¹⁰	62 539	59 454	60 319	62 161	1,5	3,1
Arbeitslosenquote ^{11,12}	5,0	5,9	5,7	5,1	- 0,2	- 0,6
ILO-Erwerbslosenquote ^{12,13}	3,2	3,8	3,7	3,3	- 0,2	- 0,4

Die Kurzarbeit-Nation

Anzahl der Betriebe mit Kurzarbeit in Deutschland im Jahresdurchschnitt bis zur Corona-Krise 2020



* von Januar bis April
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Pandemie treibt Arbeitslosigkeit in die Höhe

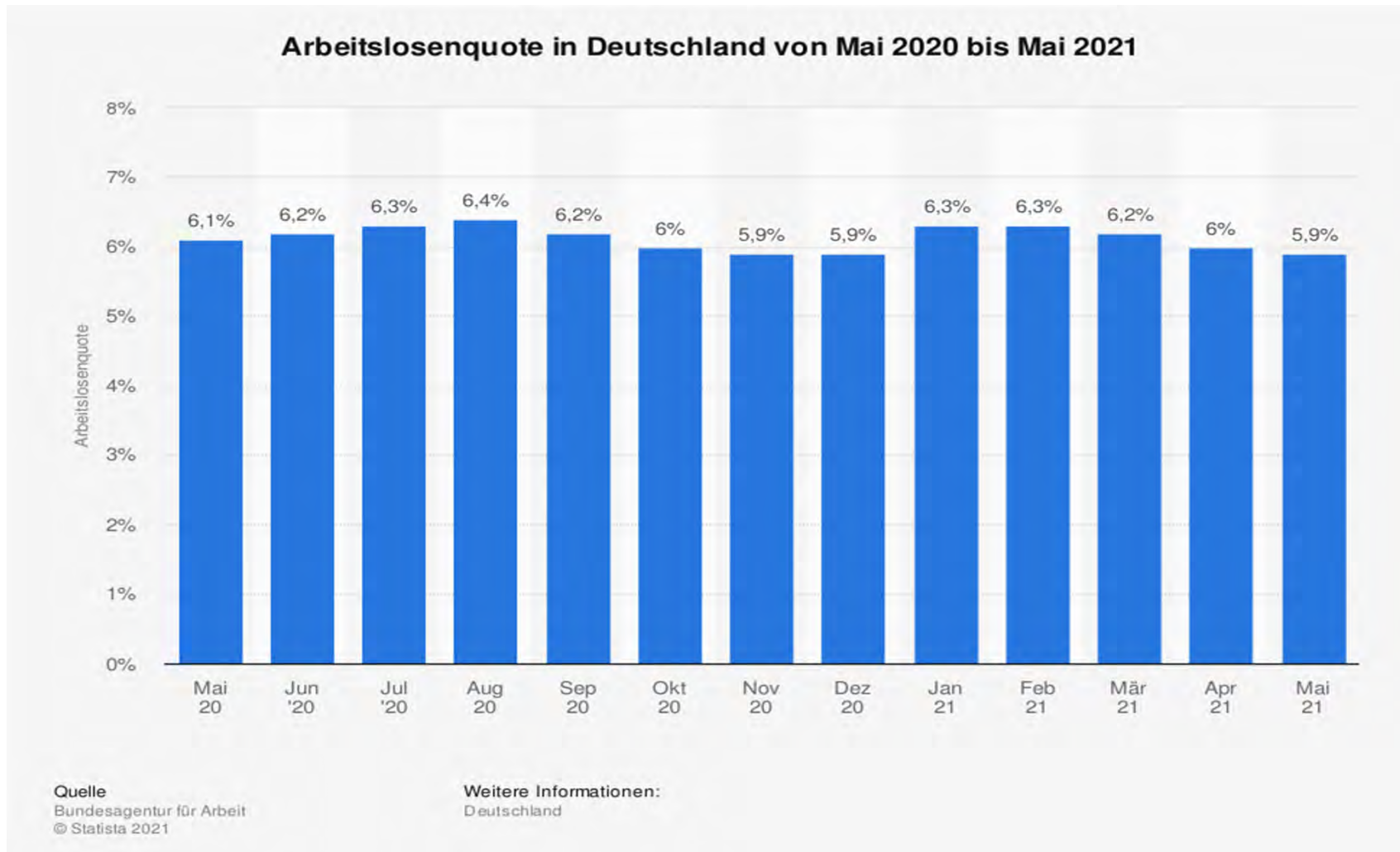
Entwicklung der Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt in Deutschland



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

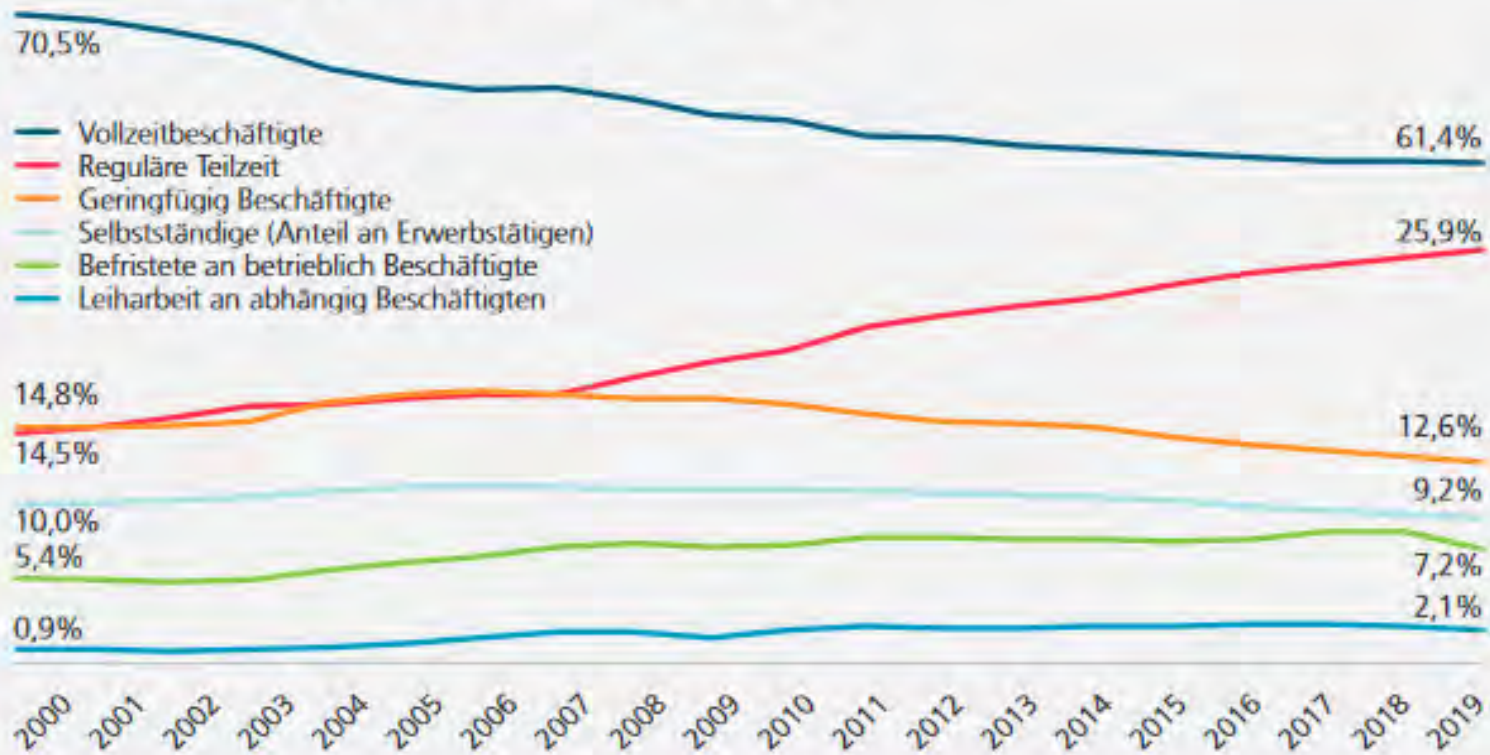


Registrierte Arbeitslosigkeit geht leicht zurück Stärkere Belastung bei den befristet Beschäftigten und Soloselbständigen



Mehr atypische Beschäftigung – weniger Vollzeit

Anteile von Beschäftigungsformen an Arbeitnehmern 2000–2019



Der Anteil der Vollzeitbeschäftigten ist in den letzten 20 kräftig gesunken, stabilisiert sich aber allmählich.

Quelle: IAB, BA, eigene Berechnungen, September 2020

Virus und Inflationsängste

Die Verbraucherpreise steigen: Hyperinflation oder Rückkehr zur Normalentwicklung?

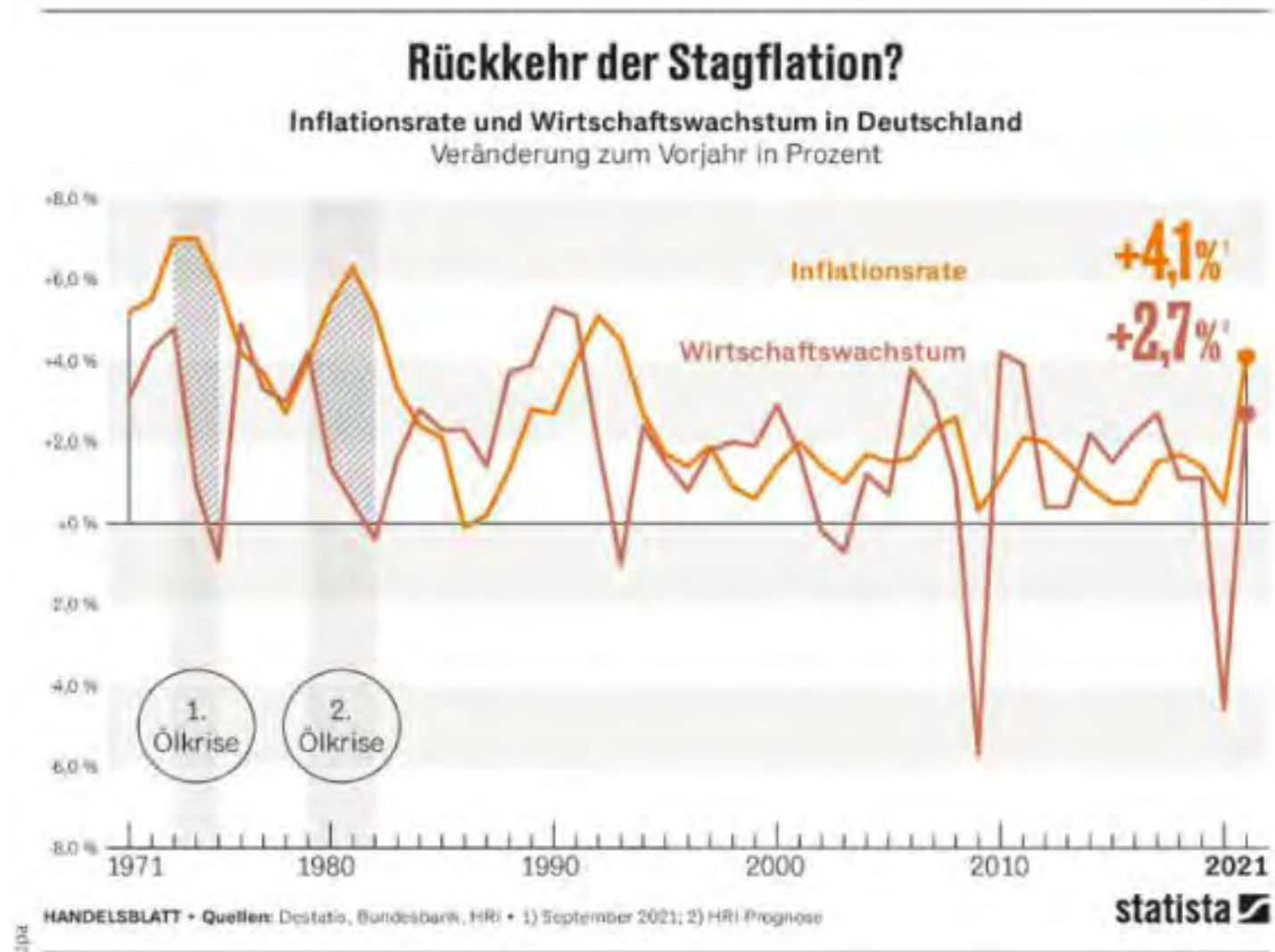
**Verbraucher-
preise**
in vH Vorjahr
(Prognose des
SVR Nov. 2022)

2019	1,4%
2020	0,5%
2021	3,1%
2022	2,5%



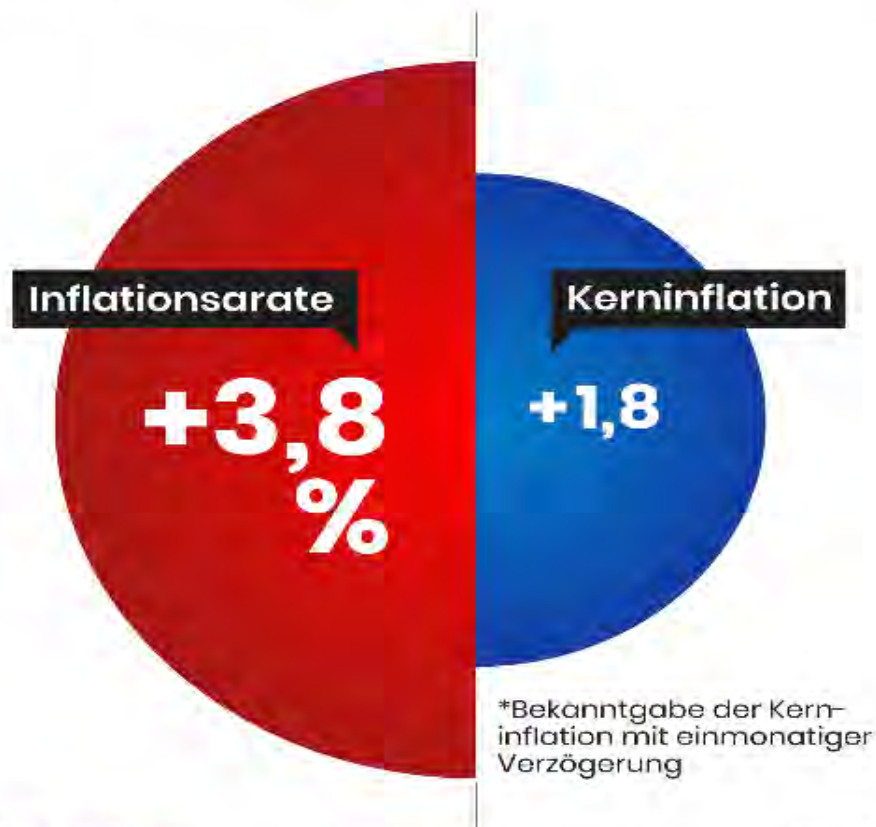
Wirtschaftliche Stagnation + Inflation

- * Stagnative Tendenz („säkulare Stagnation“)
- * Inflationsrate normalisiert sich wieder



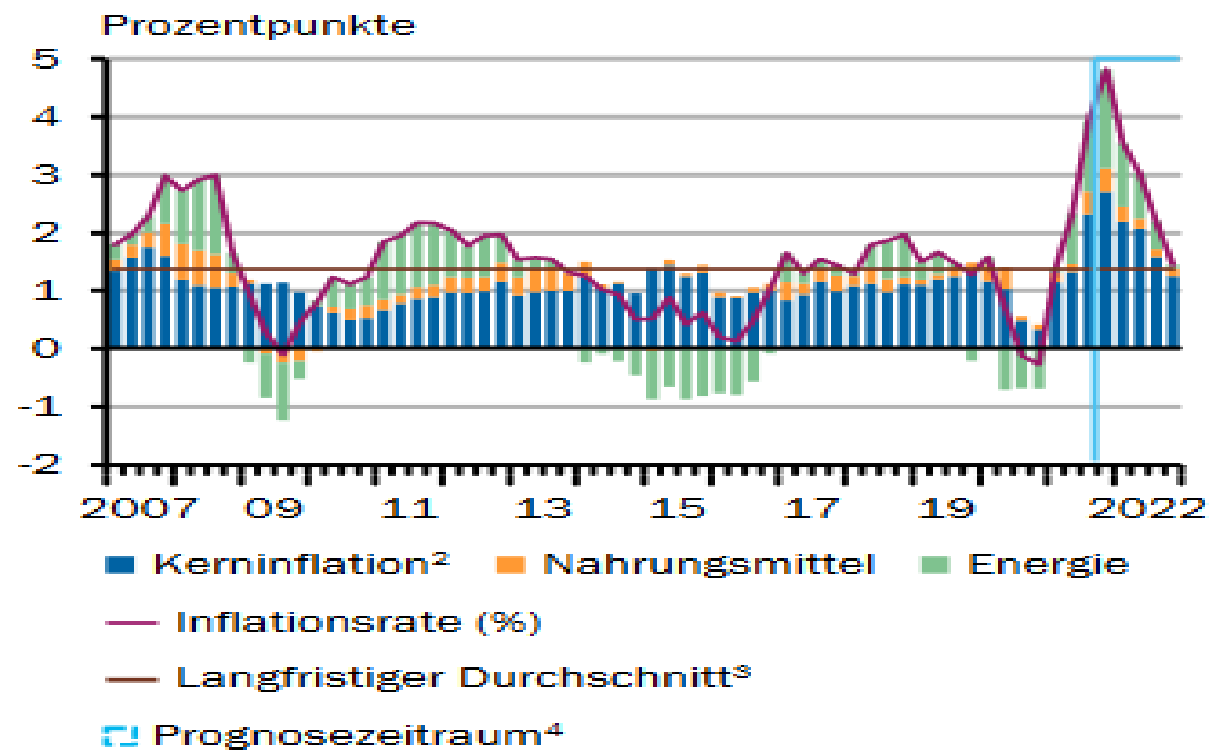
Geschönte Inflation

Inflationsrate und Kerninflationsrate (ohne Energie, Lebensmittel, Alkohol und Tabak) in Deutschland im Juni bzw Juli 2021, in Prozent



Inflationsmaße und deren Komponenten

Veränderung des Verbraucherpreisindex zum Vorjahresquartal¹



Preisentwicklung in Deutschland
Veränderung zum Vorjahr in Prozent

2020 2021 2022 **2023**

Prognose

Verbraucherpreisindex	+0,5	+3,0	+2,5	+1,7 %
Verbraucherpreisindex ohne Energie, Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	+0,9	+2,2	+2,1	+1,9 %
Energie	-4,8	+9,3	+5,9	+0,6 %
Gas	+1,3	+3,6	+3,5	-6,0 %
Kraftstoffe	-9,9	+20,3	+4,2	+0,7 %
Strom	+3,0	+1,1	+1,6	+1,6 %

Quellen: Statistisches Bundesamt, Gemeinschaftsdiagnose der Institute

Green Inflation – Sozial gestalten

Direkte Effekte:

+ CO₂- Preis pro Tonne CO₂ derzeit
25 €, wird erhöht auf 50 €

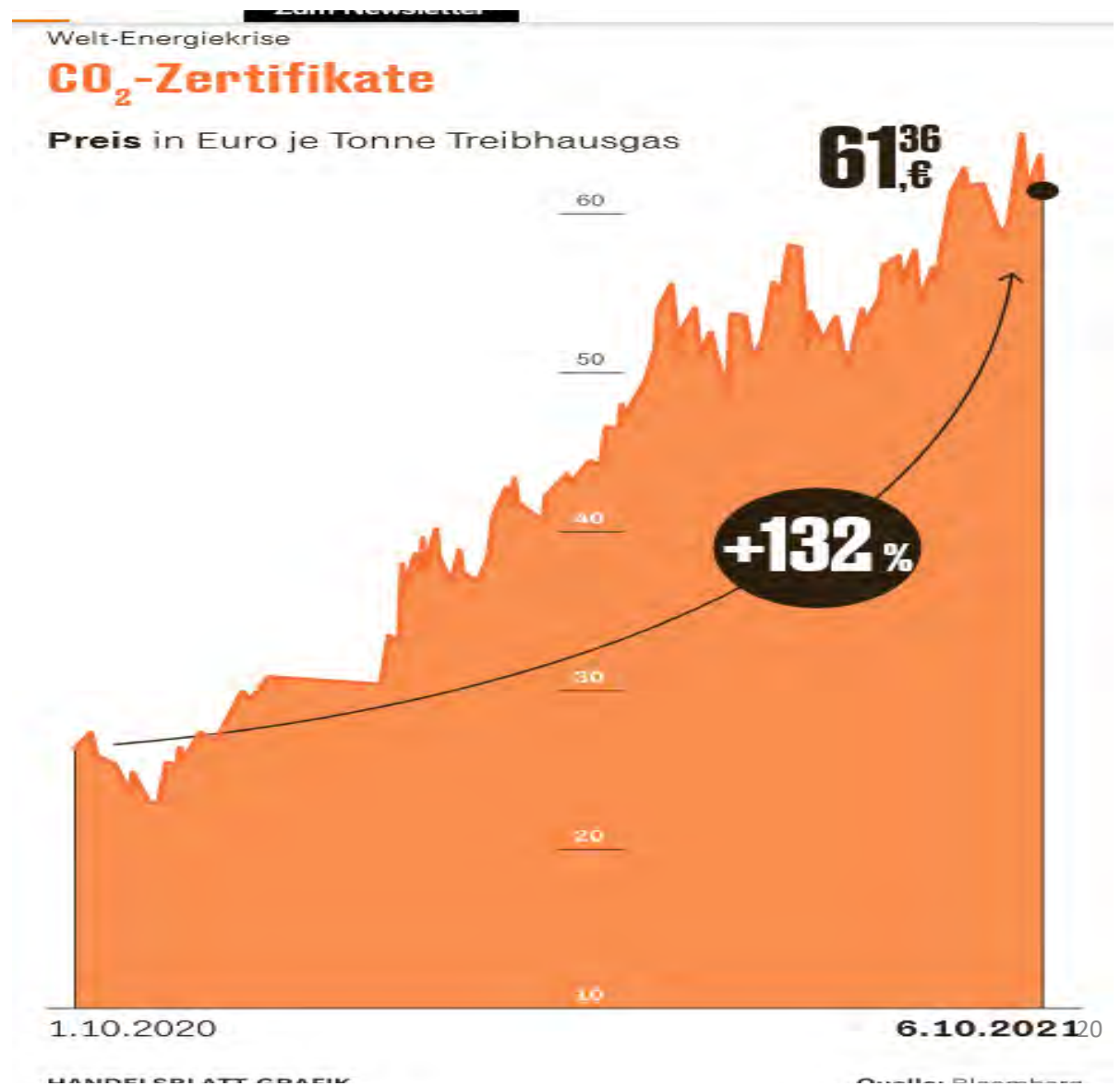
+ Anstieg Preis für CO₂- Zertifikat
pro Tonne innerhalb eines Jahres
von ca. 30 € auf 61,36€

Achtung:

Einerseits: Preissteigerung zur
Verhaltensänderung im Kampf gegen die
Klimakrise gewollt!

Andererseits: Die Verteuerung muss
jedoch sozial gestaltet werden!

Idee: Klimabonus

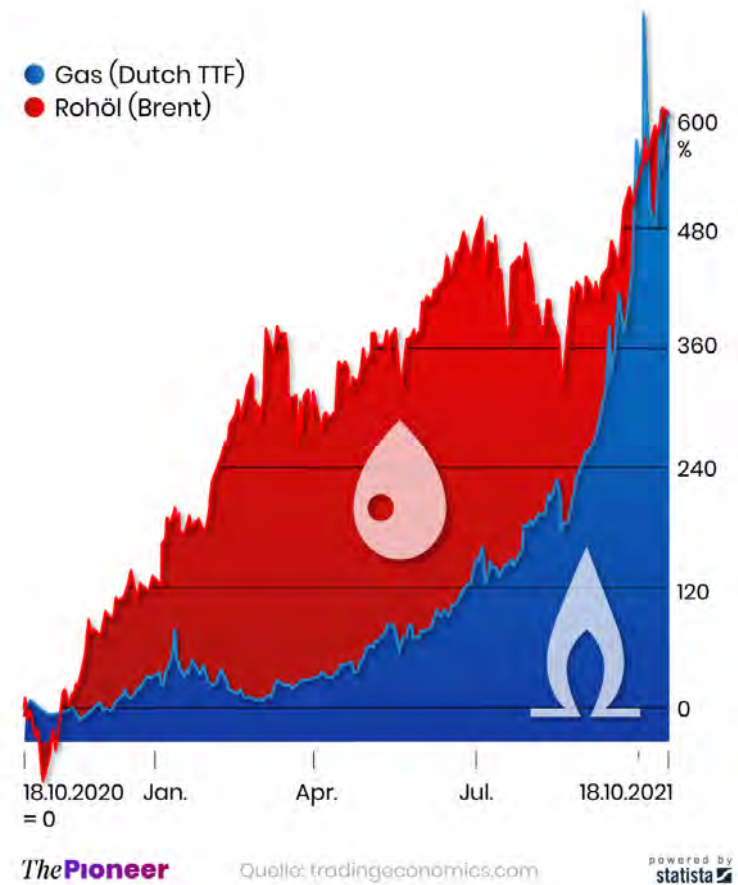


Gas:

Eine der Ursachen
Missmanagement; Spekulation auf
niedrige Preise und damit
Versäumnisse bei der Auffüllung
des Gasvorrats.

Rohöl:

Knappes Angebot gegenüber der
expandierenden Nachfrage;
Abhängigkeit von Industrieländern
löst Preisdisziplin der Anbieter aus.



Virus und Inflationsängste: Hyperinflation oder Rückkehr zur Normalentwicklung?

Nicht die Ursache der Inflation:

- * **Geldmengenausweitung** der EZB (Milton Friedman irrt; kommt nachfragewirksam nicht an)
- * **Lohnabschlüsse** durch Tarifpolitik („Zweitrundeneffekt“)

Die Ursachen des Inflationsanstiegs: Sonderfaktoren laufen aus!

- * **Basiseffekt:** im Corona-Jahr tiefe Rezession weltweit, in Deutschland nur 0,5%; Inflationsrate zu niedrig; in der Nähe der **Stagflation**; mit der eingetretenen rasanten Erholung der Weltwirtschaft steigen Preise auf breiter Front
- * Nach dem Ende der Mehrwertsteuersenkung für ½ Jahr (bis 0,5 bis 1,0 Prozentpunkte in 2021 laut SVR)
- * Energiepreise (vor allem Gas mit Missmanagement, Rohöl OPEC-Kartell)
- * Kombination aus steigender Nachfrage gestützt durch hohe Sparquoten und öffentliche Stimulus-Programme
- * Gestörte globale Lieferketten
- * „Grüne“ Inflation durch CO₂-Preis pro Tonne 25 € + Steigende Zertifikatspreise
Antwort auf „grüne Inflation“: Preissteigerungen mit sozialem Ausgleich

Inflation und Lohnpolitik: Zweitrundeneffekte durch Ausgleich für Kaufkraftverlust?

Schon wieder auf der neoliberalen Suche nach den Tarifparteien, insbesondere die Gewerkschaften als Schuldige der Inflation

Die Fakten nach dem SVR:

Tariflöhne / Effektivlöhne / Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde:

2021: im ersten Halbjahr 2021 1,6%, Prognose für 2021 insgesamt 1,8%

2022: 2,2%

* Es laufen nur wenige Tarifverträge aus

* Inflationsrate in der Lohnformel zur Reallohnsicherung: mittelfristig zu erwartende Inflationsrate EZB-Zielinflationsrate um 2 %

$$\text{Lohn}_w = \pi_w(\text{Arbeitsproduktivität}) + P_w^z (\text{Zielinflationsrate}) + UV_w (\text{Umverteilungskomponente})$$

(w = Wachstumsrate)

Tarifpolitik eingebettet in die Strategie „Zukunft der Arbeit“: Transformationsfonds

* Herausforderungen durch die Digitalisierung: Umqualifizierung

* Sozial-ökologischer Umbau: Beispiele Automobilindustrie / Green Steel (Beispiel SALCOS Salzgitter Stahl)

Entwicklung der Löhne in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	Tariflöhne (Stunden- konzept)	Effektivlöhne ¹	Lohndrift ²	Arbeitnehmer- entgelt je Arbeitnehmer- stunde	Arbeits- produktivität ³	Lohnstück- kosten (nominal) ⁴	Lohnstück- kosten (real) ⁵
2017	2,6	2,8	0,2	2,8	1,8	1,0	- 0,5
2018	2,9	3,3	0,4	3,0	0,0	3,0	1,0
2019	3,2	3,1	- 0,1	3,5	0,4	3,1	1,0
2020	2,0	3,3	1,3	3,8	0,4	3,4	1,8
2021 ⁶	1,8	1,8	0,0	1,8	1,3	0,6	- 2,0
2022 ⁶	2,2	2,2	0,0	2,2	1,4	0,7	- 1,1

1 - Bruttolöhne und -gehälter (Inlandskonzept) je Arbeitnehmerstunde. 2 - Differenz zwischen dem Anstieg der Effektivlöhne und demjenigen der Tariflöhne in Prozentpunkten. 3 - Reales BIP je Erwerbstätigenstunde. 4 - Arbeitnehmerentgelt je geleisteter Arbeitnehmerstunde in Relation zum realen BIP je geleisteter Erwerbstätigenstunde. 5 - Arbeitnehmerentgelt je geleisteter Arbeitnehmerstunde in Relation zum BIP je geleisteter Erwerbstätigenstunde. 6 - Prognose des Sachverständigenrates.

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

© Sachverständigenrat | 21-464

Einkommensverteilung: Wichtige Botschaften zum Einfluss der Corona-Pandemie

1. „Die Corona-Krise hat zu **deutlichen Einbußen** bei den Haushaltseinkommen insbesondere in den unteren Dezilen geführt (geringfügig Beschäftigte, Geringqualifizierte und Selbständige besonders negativ betroffen)
2. Im Jahr 2020 dürfte sich dies nach vorläufigen Befunden aufgrund **sozialstaatlicher Maßnahmen** nicht in höhere Ungleichheit der verfügbaren Einkommen übersetzt haben.“ (Gutachten des SVR vom Nov. 2021).

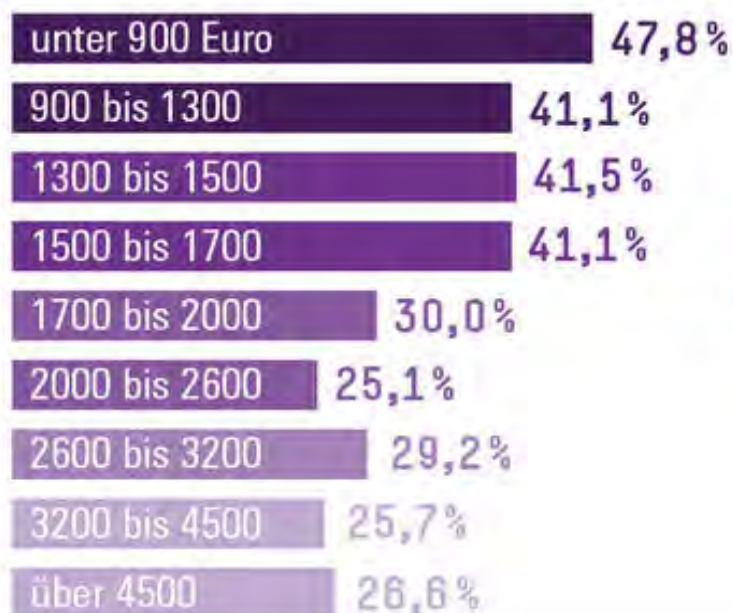
Die erforderlichen Maßnahmen:

1. Erhöhung des Mindestlohns auf mindestens 12 € pro Arbeitsstunde + effiziente Kontrolle auch zur Entlastung des Tarifvertragssystems
2. Den Sozialstaat, der kompensierend gewirkt hat, weiterhin stärken (Zuschläge bei Hartz IV + Grundsicherung).
3. Weiterbildungsangebote ausbauen sowie stärkere Anreize zur Weiterbildung schaffen.
4. Gezielte Bildungsinvestitionen und –reformen zum Ausgleich pandemiebedingter Bildungsrückstände.

Einkommensschwache durch die Corona-Folgen besonders betroffen
Das Beispiel der Geringverdiener (Kurzarbeitergeld gute Lösung, aber Verluste bei der unteren Lohngruppen höher)

Coronakrise: Geringverdiener besonders betroffen

Einkommen infolge der Corona-Pandemie eingebüßt hatten im Juni 2020 von den Erwerbstätigen mit einem monatlichen Nettoeinkommen von ...



Schwerpunkt 3

Ende des Dauerstreits: Staatsverschuldung nutzen / Schuldenbremse ausbremsen

Schuldentriebkraft Corona-Krise: sprunghafter Anstieg der Staatsverschuldung durch Antikrisenkosten (Gesundheitssystem, Rettungsprogramme) + massive Steuerausfälle

Wichtige Daten:

* **Schuldenanstieg allein Bund** nach der Finanzplanung: 2020/2021/2022 ca. **450 Mrd. €**

* **Schuldenanstieg des gesamten Staates** (nach SVR, Jahresgutachten 2021)

insgesamt 392 Mrd. € = 2020 +145,2 Mrd. € / 2021 + 174,2 Mrd. € / 2022: + 73,1 Mrd.

* **Staatsschuldenquote** = 2020: 68,7 % / 2021: 70,6 % / 2022: 68,2 %

* **Zins-Steuerquote** = 2020: 2,7 % / 2021: 2,2 % / 2022: 1,9 %

Thesen:

1. Die Staatsschulden sind bei der Rettung aus der Corona-Krise alternativlos.
2. Tragfähigkeit+ Notwendigkeit der Staatsschulden im sozial-ökologischen Entwicklungstyp funktional begründet

In Deutschland: Corona-Rechnung und Streit um die Schuldenbremse

1. **Schuldenbremsen für Bund und Länder** gelten in Deutschland (maximal 0,35% strukturelle Neuverschuldung bezogen auf BIP beim Bund und 0 % bei den Ländern (EU-Fiskalpakt maximal 3%, Staatsschuldenstand maximal 60% bezogen auf BIP).

2. **Schuldenbremse** seit 2020 in Deutschland **ausgesetzt**: „im Fall von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Notsituationen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen“ (Art. 115 GG)
Auch in der EU sind Fiskalregeln ausgesetzt.

3. **Logik der Schuldenbremse Rückkehr zu den Tilgungsregeln** in einem „angemessenen Zeitraum“ nach Art. 115 GG): Nicht sinnvoll.
Derzeitige Gesetzeslage beim Bund ab 2023 nur 2 Mrd.€; dann aber 19 Mrd. € bis 2043

4. Der **alte Streit** über die Schuldenbremse: Öffentliche Investitionen auch zugunsten künftiger Generationen sind nicht mehr über Kreditaufnahme zu finanzieren: **Doppelte Bremse** für die Infrastrukturinvestitionen und damit die gesamtwirtschaftliche Entwicklung: Grundlegende Reform erforderlich!

5. Schuldenbremse durch Reformvorschläge aufweichen / umgehen (Gründung von öffentlichen Investitionsgesellschaften

Schuldenbremse ablösen und durch alte „goldene Regel“ : Kreditfinanzierte öffentliche Investitionen

Erinnerung an ökonomische Argumente für staatliche Finanzierung über Kredite

- * Keine Verdrängung von Privatinvestitionen durch steigende Zinsen (kein Crowding-out); im Gegenteil öffentliche Programme nützen der Privatwirtschaft (Crowding-in)**
- * Leitzins der EZB und damit Anlagezinsen bleiben in der Nullzone wegen des Übersparens**
- * Treibt die Inflation wegen Aufbau von Produktionskapazitäten nicht an (siehe oben)**
- * Run auf Staatsanleihen durch Megafonds trotz negativer Rendite; Staat verdient mit der Ausgabe von Anleihen**
- * Fake News über die Erblast der Schuldenfinanzierung für künftige Generationen
Die Wahrheit: bessere Produktions- und Lebensverhältnisse für künftige Generationen**

Wie mit den vor allem durch die Corona bedingten Staatsschulden umgehen?

1. Endogene Wachstumsdynamik: Aus den Staatsschulden per Wachstumsboom herauswachsen (Olaf Scholz etwa Gesamtschuldenquote von 75 auf 60%): ökonomisch naiv / ökologisch katastrophal

2. Schuldenabbau durch zügige Tilgung

Beispiel: Bund setzt bis zum Ende der Pandemie 400 Mrd. € an Krediten ein und beginnt umgehend die Tilgung (nach dem Bundesfinanzminister spätestens ab 2023)

Bei einer Tilgungsdauer von 20 Jahren beträgt die jährliche Tilgungssumme 20 Mrd. €.

Wie soll dieser Betrag jährlich finanziert werden?

Kürzungen Staatsausgaben / Steuersenkungen für Unternehmen mit der Hoffnung auf induziertes Wachstum / Steuererhöhungen bei Massensteuern (Mehrwertsteuer, Lohnsteuer) oder höhere Unternehmenssteuern?

Neoliberale Austeritätspolitik: ökonomisch und ökologisch schädlich / sozial spaltend

3. Schulden strecken: von 20 auf 40 Jahre Tilgung (+ Deutschlandfonds 450 Mrd. € mit Kreditaufnahme)

4. Dauerhafte Schulden (ohne Tilgung)

* Schulden sind gesamtwirtschaftlich finanzierbar und intergenerativ sinnvoll

* In Richtung „Ewigkeitsanleihen“ (George Soros)

Wenn getilgt werden soll, welche steuerpolitischer Maßnahmen stehen zur Finanzierung der Tilgung zur Verfügung

- * Ein Corona-Soli mit Mehreinnahmen (Schätzung 6,5 Mrd. € pro Jahr)
- * Steuerschlupflöcher für Unternehmen schließen und sowie Grundsteuer erhöhen:
pro Jahr geschätzte Mehreinnahmen insgesamt 34 Mrd. €
- * Erhöhung der Erbschaftsteuer mit geschätzten 6 Mrd. € Mehreinnahmen im Jahr
- * Einmalige Vermögensabgabe nach dem Lastenausgleichsgesetz von 1952:
19 Mrd. € pro Jahr
- * Einbettung in eine allgemeine, jährlich erhobene Vermögensteuer (34 Mrd. € Mehreinnahmen nach Schätzung von Stefan Bach)

Vorschlag: **Einmalige Vermögensabgabe:**

**DIW-Studie zur einmaligen Vermögensabgabe
Ausgewähltes Modell einer Vermögensabgabe durch
die Linksfraktion im Deutschen Bundestag**

Quelle: Stefan Bach, S. (2020): Vermögensabgabe DIE LINKE: Aufkommen und Verteilungswirkungen – Forschungsprojekt im Auftrag der Fraktion DIE LINKE im Bundestag und der Rosaluxemburg-Stiftung)

Mögliche Ausgestaltung der Vermögensabgabe DIE LINKE (Option)

Persönlicher Freibetrag		2 Mio. EUR
Freibetrag für Betriebsvermögen und Beteiligungen an Kapitalgesellschaften		5 Mio. EUR
Eingangsabgabebesatz	Satz	10 %
	ab abgabenpflichtiges Vermögen nach Freibeträgen von	1 EUR
Spitzen-Abgabebesatz	Satz	30 %
	ab abgabenpflichtiges Vermögen nach Freibeträgen von	100 Mio. EUR
Tarifverlauf		Linear-progressiver Tarif
Tilgungsfrist		20 Jahre
Verzinsung bei Teilzahlung		Basiszinssatz (§ 247 BGB) zuzüglich von 2 Prozentpunkten und einem Mindestsatz von 2 %
Aufkommen laut Studie	insgesamt	310 Mrd. EUR
	pro Jahr	19 Mrd. EUR
Belastung der reichsten ... % der erwachsenen Bevölkerung		0,7 %

• **Idee des Lastenausgleichs**

Lastenausgleichsgesetz von 1952:
Sonderlasten durch Krieg und Flucht:

Einmalige Vermögensabgabe:
* 50 %
* gestreckt auf 30 Jahre
(1,67% bei maximal 120 Raten, pro Jahr in 4 Raten)

Gefordert:
* Andreas Bovenschulte
Bürgermeister HB
* Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik
* Studie DIW: Basis
Vorschlag: DIE LINKE

Basis: Art. 106 GG :
„einmalige Vermögensabgabe ... zur Durchführung des Lastenausgleichs“

Europäische Zentralbank unterstützt Schuldenfinanzierung als dauerhaftes Finanzierungsinstrument Teilmonetarisierung der Staatsschulen im Euroland

Die EZB entlastet die 19 Mitgliedsstaaten vom Schuldenanstieg durch eine Art indirekter Geldschöpfung (Kauf von Staatsanleihen von den Banken / Übernahme in die EZB-Bilanz)

„Erweitertes Programm zum Ankauf von Vermögenswerten „Asset Purchase Programm“ (AAP) mit über 3,2 Bill. € hinzu

Davon „Public Sector Purchase Programme“ (PSPP): Käufe von Anleihen der im Euroraum ansässigen Zentralstaaten (seit Ende 2015 auch einbezogen lokale und regionale Gebietskörperschaften)

Volumen ca. 2,6 Mrd. €

Zusätzliches **Pandemie-Notfallankaufprogramm ab März 2020 bis März 2022:**

„ Pandemic Emergency Purchase Programme – PEPP“

Geldpolitische Sondermaßnahme gegen Risiken der Entwicklungen im Euro-Währungsgebiet durch Corona-Krise

Das PEPP ist ein zeitlich befristetes Programm zum Ankauf von Wertpapieren des privaten und des öffentlichen Sektors

Das Volumen wurde im Dezember 2020 von ursprünglich 750 Milliarden € auf **1,85 Bio. €** erhöht.

Erstes Fazit zum PEPP:

Im Vergleich zu den infolge der Corona-Krise aufgenommen Staatsschulden im Eurosystem ist ein darüber hinausgehender Betrag zur Schaffung von Liquidität den Banken abgenommen worden!

Monetarisierung der Staatsschulden durch die EZB

Gesamtprogramm: **Asset Purchase Programme (AAP)**; derzeitiger Bestand: 3,2 Billionen € (monatlich 20 Mrd. €); *davon:*

1. **Public Sector Purchase Programme (PSPP)**: Ankauf von Staatsanleihen über Sekundärmärkte seit März 2015; insgesamt ca. 2,6 Mrd. €

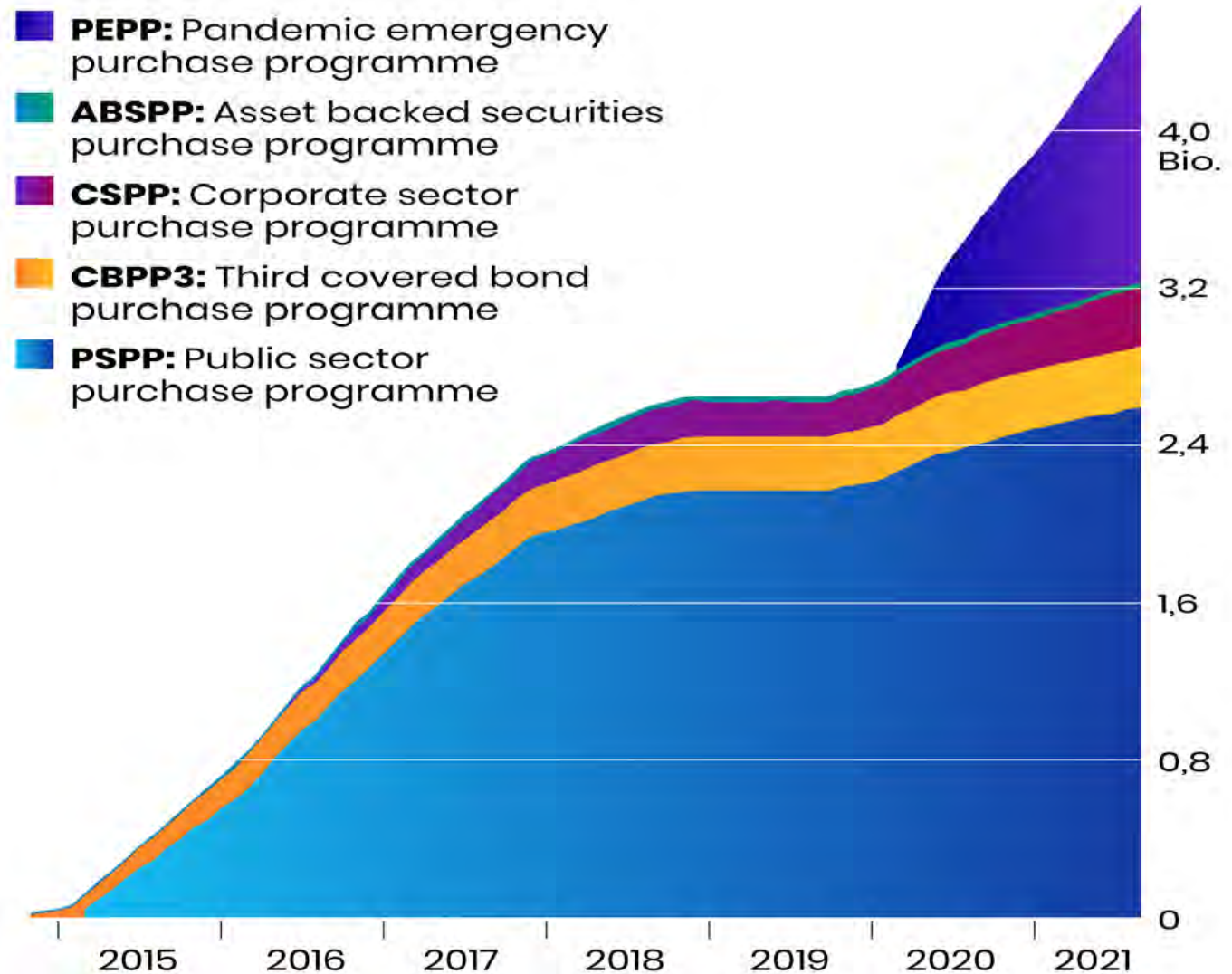
2. **Pandemic Emergency Purchase Programme (PEPP)** seit März 2020 bis (geplant) März 2022
Ankauf Wertpapiere (Staatsanleihen und Unternehmensanleihen)

*Gesamtvolumen 1,85 Billionen €

*Bisher Höchststrate im Monat 80 Mrd.€

Geldpolitische Diskussion:

TAPERING: Schrittweise Rückführung der Ankaufprogramme und damit (angekündigt durch FED-USA)



Was wir öffentlich verantwortet finanzieren müssen!

1. Nachholbedarf an öffentlichen Investitionen (vor allem Reparaturinvestitionen) auch infolge der Schuldenbremse (beispielsweise marode Brücken)

2. Künftige öffentliche Investitionen in die sozial-ökologische Transformation:

+ Erste Maßnahmen im WUMS-Programm mit insgesamt 130 Mrd. €

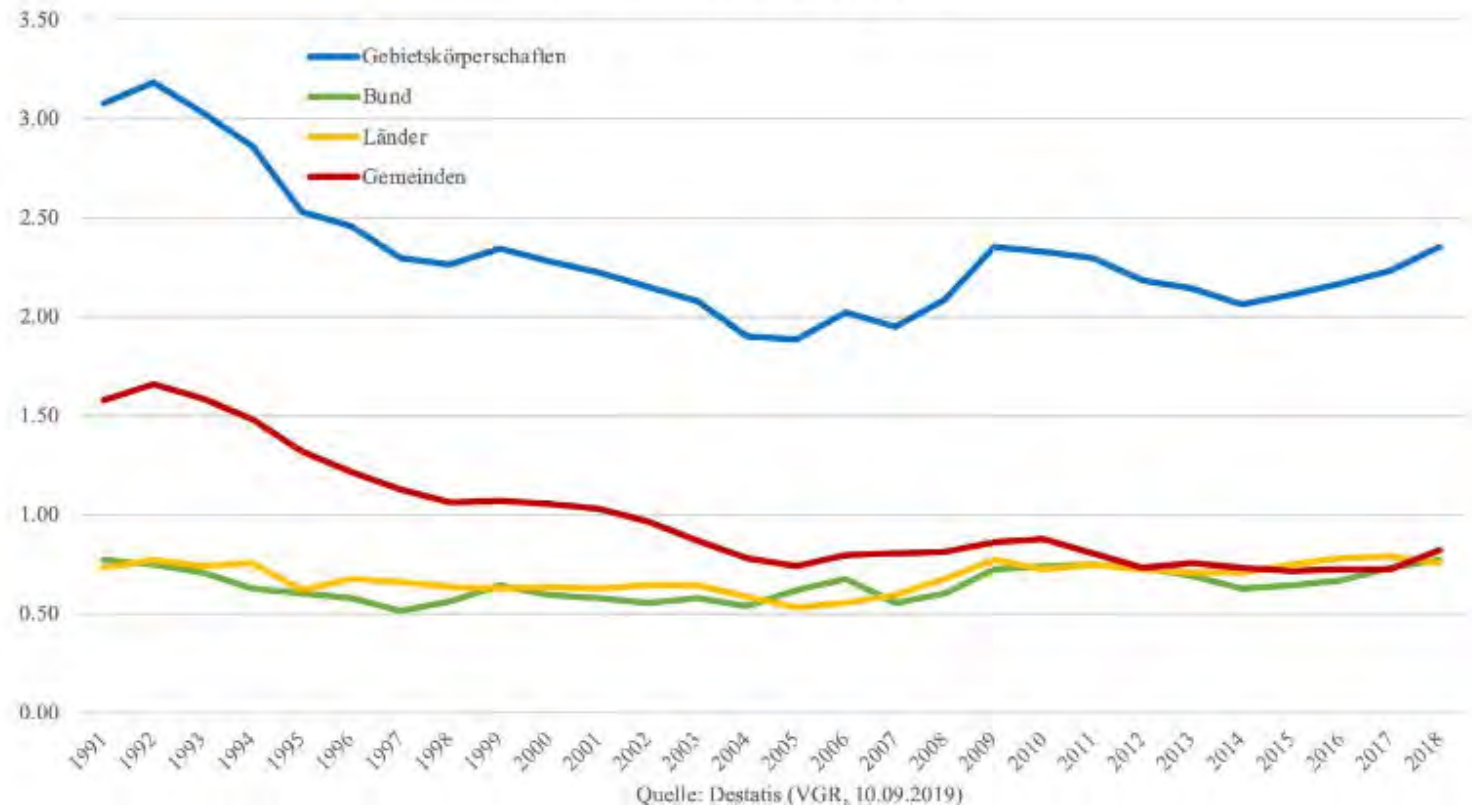
+ Schätzung des IW und des IMK: in 10 Jahren 457 Mrd. €

+ Forderungen (auch durch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: 50 Mrd. € pro Jahr in den kommenden 10 Jahren

+ Spezialprogramme – Beispiel:

Transformationsfonds der IGM für die Stahlindustrie: Umstieg auf Green Steel auf der Basis der Wasserstofftechnologie (Ausstieg auch der Rohstahlproduktion mit CO₂-Ausstoß)

Bruttoinvestitionsquote



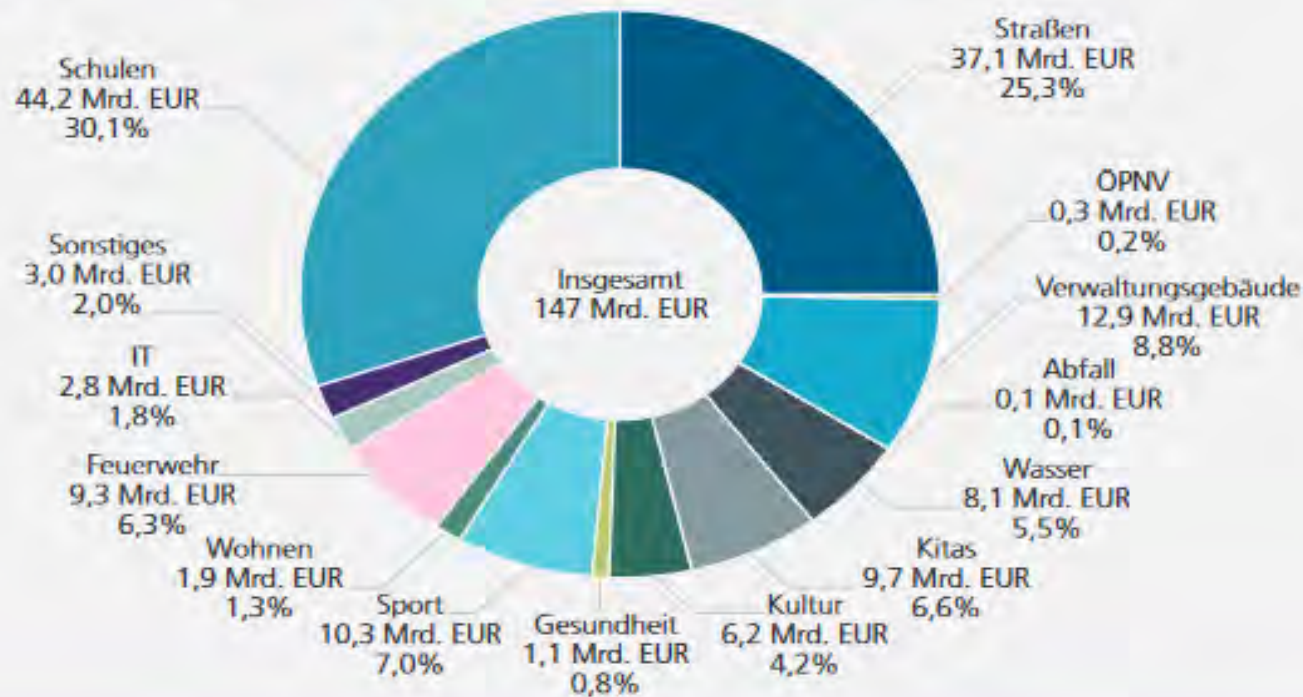
Öffentliche Investitionsbedarfe in Deutschland für die nächsten 10 Jahre (Mrd. €)

entnommen: „Für eine solide Finanzpolitik: Investitionen ermöglichen“ (H. Bardt, S. Dullien, M. Hüther, K. Rietzler; IW und IMK; in IW-Policy Paper 11/19)

	Summe über 10 Jahre, Preise des Basisjahrs
1) Infrastruktur auf kommunaler Ebene	
Kommunale Infrastruktur	138
Ausbau des ÖPNV	20
2) Bildung	
Frühkindliche Bildung	50
Ausbau von Ganztagschulen	9
Betrieb der Ganztagschulen	25
Erhöhung der Ausgaben für Hochschulen und Forschungsförderung	25
3) Wohnungsbau	
staatlicher Anteil	15
4) Überregionale Infrastruktur	
Breitbandausbau/5G	20
Bahn (Bundesanteil laut Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung)	60
Ausbau Fernstraßen	20
5) Dekarbonisierung	
staatlicher Anteil	75
Summe	457

Quellen: KfW Bankengruppe, 2019; Krebs/Scheffel, 2016; Baldenius et al., 2019; DENA, 2018; eigene Berechnungen und Schätzungen

Wahrgenommener Investitionsrückstand in den Kommunen 2019



Die chronische Unterfinanzierung vieler Städte und Gemeinden geht zu Lasten der Investitionen.

Quelle: KfW-Kommunalpanel 2020, durchgeführt vom Difu von September bis Oktober 2019

Die Lehren aus der Schuldenphobie: Argumente für eine grundsätzliche Neuverortung einer mittelfristig angelegten Staatsverschuldung:

1. Tendenz zunehmender Blockaden der privatwirtschaftlich dominierten Entwicklung der Gesamtwirtschaft

(Stichwort säkulare Stagnation; Wirtschaftswachstum in homöopathischen Dosen; Alvin Hansen 1939 / Larry Summers 2019 / Olivier Blanchard 2019)

2. Gesellschaftlich gewollte Umschichtung der Investitionsschwerpunkte infolge des (nachholenden) Reparaturbedarfs und des sozial-ökologischen Umbaus zu öffentlich verantworteten Zukunftsinvestitionen

(John Maynard Keynes: Plädoyer für öffentliche Investitionen gegen Stagnationstendenz)

Vor-Finanzierung über öffentliche Kredite: Nutzen für nachfolgende Generationen und intergenerative Lastenverteilung

3. Gesamtwirtschaftliches Übersparen; $S^{gepl} > I^{gepl}$ bewirkt stagnative Tendenz! Abschöpfen sektoraler Überschüsse über die Finanzmärkte (Beispiel: Privatwirtschaftliche Mega-Fonds nehmen für das Ankern im „save haven“ negative Renditen in Kauf

(Hagen Krämer/Carl Christian von Weizsäcker, „Sparen und Investieren im 21. Jahrhundert-Die Große Divergenz, 2019)

Schwerpunkt 4: Erkenntnisse + Lehren aus der Corona-Krise (SARS-CoV-2/Covid-19)

- **Legt Fehlentwicklungen offen (Brennglas): Beispiel: Schäden durch Abbau staatlicher Daseinsvorsorge;**
- **Beschleunigt Fehlentwicklungen: Beispiel Einkommensschwache stärker betroffen (auch Kurzarbeit)**
- **Erzeugt Scheinerfolge: CO₂- Ausstoß geht zurück
Resultat der Lockdown-Maßnahmen oder nachhaltige Verhaltensänderungen? (Beispiel Binnenflüge)**
- **Stärkt nachhaltige Entwicklung etwa durch Verhaltensänderungen beim Konsum und Produzieren**

Die Lehren für die sozial-ökologische Transformation:

- 1. Raus aus dem (neoliberalen) Marktfundamentalismus: Wirtschaft gesellschaftlichen Zielen unterordnen!**
- 2. Arbeiten am Konzept eines sozial und ökologisch nachhaltigen Wirtschaftsmodells im Sinne der Forderung des Bundesverfassungsgerichts: mit der heutigen Umweltpolitik Freiheiten künftiger Generationen stärken!**

Schwerpunkt 4

Erkenntnisse + Lehren aus der Corona-Krise (SARS-CoV/Covid-19)

- 1. Globalisierung: Zoonosen vermeiden durch Ende der In-Landnahme von Lebensräumen** Ursachen der Pandemien durch Vordringen der Menschen in bisher von Tieren bewohnten Flächen und Regionen; intensiviert den Tier-Mensch-Kontakt:
schrumpfende Lebensräume für Wildtiere verhindern; ökonomische Inlandnahme und damit nimmt Überspringen von Tierkrankheiten auf Menschen; Zoonosen-Risiken bremsen)
Klimakrise und Verlust der Biodiversität greifen in einander.

Antwort: Globale, präventive Politik: Kampf zum Erhalt gegen Eroberung von Naturräumen / Kampf für Biodiversität (*EU- Biodiversität-Strategie* forcieren)!

- 2. Globalisierung** Zugang zu Impfstoff und Abbau der Abhängigkeit bei Medikamentenproduktion

* Zugang zu den Impfstoffen zwischen den Ländern ungleich verteilt

Antwort: (staatlich subventionierte) Patente zum Impfstoff für arme Länder zugänglich machen!

* Abhängigkeiten durch lebensnotwendige Medikamente und Wirkstoffe, die nur in wenigen Ländern produziert werden; dadurch Lieferengpässe (Beispiele: Antibiotika-Produktion in Indien / China sowie Engpässe in der EU bei Medikamenten der Intensivmedizin)

Antwort: Nationale Liefersicherheit durch Produktionsstandorte und Vorratspolitik (auch bei Preisnachteilen): Gemeinschaftsaufgabe der EU / Unternehmen ordnen Lieferketten neu

3. Globalisierung mit Lieferkettengesetz und resilienten Lieferketten

Generell Stärkung der lokalen Güter- und Dienstleistungsproduktion und Neuordnung weltweit resilienter Lieferketten; Unternehmen passen Geschäftsmodelle an.

4. Gesundheitssystem muss als öffentliche Infrastruktur staatlich gesichert werden:

Dominanz des **öffentlichen Gutes** gegenüber gewinnwirtschaftlichem System

Statt Bettenabbau öffentliche Krankenversorgung in der Provinz, Verhindern sozialer Exklusion

Virulenter Konflikt beim Impfstoff: Pharmaunternehmen, Patente, staatliche Förderung!

Freigabe von Patenten wird gefordert (Sven Giegold).

5. Generelle Führungsrolle des Staates für Wirtschaft und Gesellschaft stärken: Vermachtete Märkte in Ordnungsrahmen einbinden. Dazu ist ein handlungsfähiger, finanzierbarer, demokratischer Staat erforderlich. Stärkere Einbindung der Parlamente in grundsätzliche Entscheidungen.

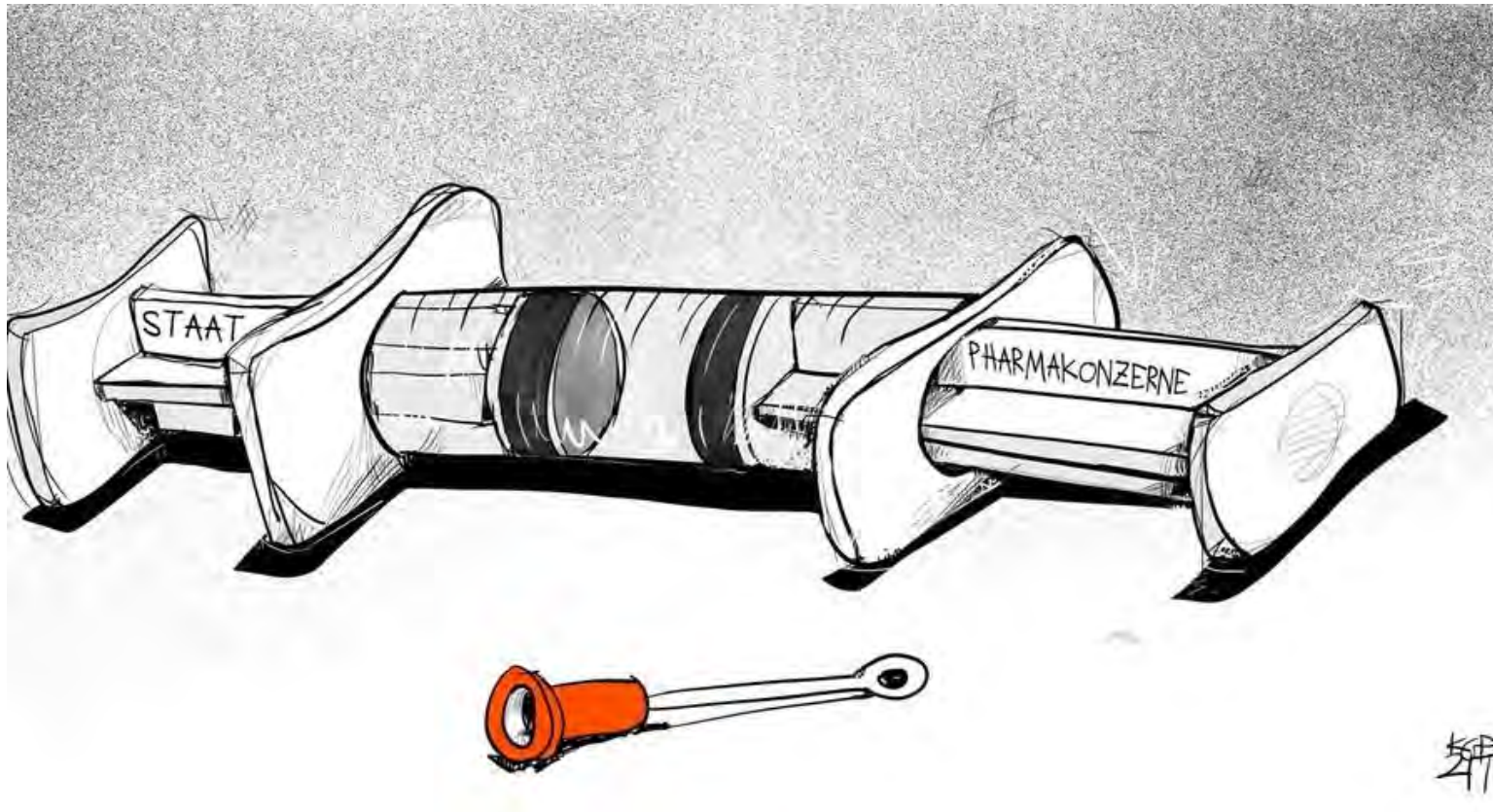
6. Spezialaufgaben: Gute Arbeit stärken / Armut bekämpfen

* Ausrichtung des Arbeits- und insbesondere des Tarifrechts auf die Bedingungen digitalisierter Arbeit (Homeoffice, neue Arbeitszeitmodelle)

* Maßnahmen gegen die Verschärfung der sozialen Spaltung durch die Corona-Krise (Armutsbekämpfung auch durch ausreichende Grundsicherung und Mindestlöhne sowie Kinderbonus-/Kindergeld)

Der virulente Konflikt

- ➔ Impfung ein öffentlich zu garantierendes (meritorisches) Gut
- ➔ Impfstoff: Produkt der Pharmaindustrie (mit staatlichen Forschungsgeldern)



7. Beim Neustart die Rückkehr zu Vor-Corona-Zeit vermeiden:

Die ökologische soziale Transformation vorantreiben

Beispiel: Reduzierung der Mobilität etwa durch (Verzicht auf Inlandsflüge); Pendlerverkehre nachhaltig gestalten;

Weltweit ökologischer Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft (gegen Pandemieausbrüche)

- Nicht nur auf CO₂- Reduktion setzen, sondern Gesamtkonzept mit Ge- und Verboten, Öko-Investitionsprogrammen
- Umweltpolitik muss sozial begleitet werden.

8. Revitalisierung der solidarischen Gesellschaft:

Ausstieg aus dem Neoliberalismus - zurück zur Verantwortungsethik

Gegen den rücksichtslosen *Ego-Zentrismus mit der Fiktion des „homo oeconomicus“* (Stichwort *Spaßgesellschaft*)

Wieder Buchstabieren lernen:

Die Basis für Staat und Gesellschaft ist die Verantwortung der Menschen für eine soziale und ökologische Zukunft im Klima eines **solidarisch-emanzipatorischen Individualismus** nach dem Motto: „Was den anderen schützt und damit nützt, nützt auch mir.“

Ubuntu-Lebensphilosophie (N. Mandela) aus dem afrikanischen Subsahara-Ländern. Deren sinngemäße Übersetzung lautet: „**Ich bin, weil wir sind!**“

Entfaltung der Freiheit abhängig Beschäftigter geprägt durch **Kollektivschutz** (Tarifvertragssystem)

Lernen von der **Solidarität der Arbeiterbewegung**: Kollektiver Schutz vor Ausbeutung zur Verbesserung der individuellen Lebensverhältnisse!